

Die Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichts- und Geographieunterricht

Empfehlungen
der polnisch-deutschen Historiker- und Geographentagung
in Warschau und Braunschweig 1972

Herausgegeben von der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

C 99 - 01212

Vorwort

Man sollte sich hüten, die Wirkungen von Schule und Schulbüchern zu überschätzen. Ob wir Krieg oder Frieden haben, ob Stabilität oder Unruhe herrschen, das wird nicht allein in den Schulen entschieden. Weder für die Höhen noch für die Tiefen der politischen Entwicklung eines Volkes ist der Schule in besonderer Weise Verantwortung zuzumessen. Schule hat weder die Funktion des politischen Alibis noch die des politischen Sündenbocks.

Aber die Schule vermag auf vorhandene gesellschaftliche Tendenzen und Entwicklungseinrichtungen bremsend oder verstärkend einzuwirken. In der Schule zählen nicht nur das gesprochene Wort und das tätige Beispiel der Lehrerinnen und Lehrer, von gewichtigem Einfluß ist das, was Schüler schwarz auf weiß nach Hause tragen, ihre Schulbücher. Schulbücher beeinflussen den Unterricht stärker als Lehrpläne. Angesichts der zeitlichen Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer — 28 Unterrichtsstunden pro Woche können keine eigenständigen, perfekten didaktischen Konstruktionen sein — sind Schulbücher vielfach das Handlungs- und Informationsgerüst für den Unterricht.

Schulbücher, die falsche Tatsachen vermitteln, erschweren die Verständigung zwischen den Völkern. Geschichtsbücher, die tendenziös sind, denen es an der kritischen Distanz mangelt, begünstigen irrationale politische Handlungen. Ein Geschichtsbuch kann eine Waffe sein, es kann aber auch eine Brücke bilden zum Nachbarn, zu anderen Völkern. Dem Gedanken des Brückenschlags durch Schulbücher hat sich Prof. Dr. Georg Eckert mit dem Schulbuchinstitut in Braunschweig seit langem gewidmet. Zu seinem jüngsten Erfolg, den Beratungen zwischen der polnischen UNESCO-Kommission und der UNESCO-Kommission der Bundesrepublik, deren Präsident Prof. Dr. Eckert als Vertreter der GEW ist, ist ein herzlicher Glückwunsch auszusprechen. Die vorliegenden hier veröffentlichten Ergebnisse dieser Arbeit zwischen polnischen und deutschen Historikern sind ein Durchbruch auf dem Wege zu Schulbüchern des Brückenschlags in der Bundesrepublik und in der Volksrepublik Polen. Diese Arbeit wird für Deutsche und für Polen ihre Früchte tragen. Zwar werden die Schulbücher allein die Aussöhnung und das nachbarliche Miteinander nicht schaffen, aber eingeordnet in eine Politik des Friedens, der Entspannung und der Verständigung begünstigen sie die Tendenz zum gutnachbarlichen Miteinander in Mitteleuropa.

Erich Frister

Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund

Herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Frankfurt (Main) • Unterlindau 58

Braunschweig 1977

C 99 - 01212



Erklärung

des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
am 5. Februar 1972 in Gießen

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft begrüßt die Absicht der polnischen UNESCO-Kommission und der UNESCO-Kommission der Bundesrepublik, alsbald eine Vereinbarung über die gegenseitige Revision der Schulbücher, vor allem der Bücher für Erdkunde und Geschichte, zu treffen.

Der Hauptvorstand dankt beiden Kommissionen für die Initiative und für die bisherigen Bemühungen, Historiker, Geographen und Schulbuchautoren beider Länder zu einer dem Frieden und der Verständigung dienenden Kooperation zusammenzubringen. Für die friedliche und glückliche Zukunft beider Länder und ganz Europas wäre es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn eine übereinstimmende Darstellung des deutsch-polnischen Verhältnisses in den Schulbüchern beider Länder Wirklichkeit werden könnte.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wünscht den Beratungen der Kommissionen und der Arbeit der Wissenschaftler und Schulpraktiker vollen Erfolg.

Der Hauptvorstand der GEW erwartet von der Bundesregierung, daß sie dem Vorhaben jegliche politische und finanzielle Unterstützung zuteil werden läßt. Die Kultusminister fordert er auf, das Ergebnis der Beratungen beider UNESCO-Kommissionen in die Schulbuchrichtlinien der Länder aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß künftig nur noch Schulbücher hergestellt werden, die den Ergebnissen der Kommissionsberatungen entsprechen werden.

27. Januar 1972

gez. Erich Frister

Bericht über die erste deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und der Polnischen UNESCO-Kommission

vom 22. bis 26. Februar 1972 in Warschau

KOMMUNIQUE

1970 haben die Präsidenten der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen auf der 16. Generalkonferenz der UNESCO in Paris die Möglichkeit eines Austausches und einer wechselseitigen Begutachtung und Verbesserung der in beiden Ländern benutzten Geschichts- und Geographielehrbücher besprochen. Im Laufe des Jahres 1971 wurde dieses Vorhaben weiter konkretisiert.

Auf Einladung der UNESCO-Kommission der Volksrepublik Polen trafen sich vom 22. bis 26. Februar 1972 in Warschau Historiker, Geographen, Schulbuchexperten und -verleger aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der Volksrepublik Polen, um in einer ersten Begegnung die methodischen und sachlichen Grundlagen der künftigen bilateralen Zusammenarbeit und erste vorläufige Thesen und Hinweise zur Behandlung der gegenseitigen Beziehungen im Geschichts- und Geographieunterricht in beiden Ländern zu erarbeiten.

Die UNESCO-Kommissionen beider Länder stimmen darin überein, daß die Gespräche im Geiste der UNESCO, im Interesse der Friedenssicherung und der Verständigung beider Völker zu führen seien; beide Kommissionen sind davon überzeugt, daß der Wille zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, der in dem am 7. 12. 1970 in Warschau unterzeichneten Vertrag ihren Niederschlag gefunden hat, ein günstigeres Klima für die wissenschaftliche und pädagogische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision geschaffen hat, die so bald wie möglich zu konkreten Ergebnissen führen sollte.

Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit konnten nicht alle Fragen der geschichtlichen Beziehungen im Detail erarbeitet werden. Es ist vorgesehen, die vorläufigen Thesen und Hinweise in beiden Ländern zu erörtern und gegebenenfalls zu ergänzen bzw. in einzelnen Fragen zu vertiefen.

Für beide Seiten besonders wichtige Probleme — so die Darstellung der Gegenwart im Geographieunterricht, die deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter, im Zeitraum zwischen 1918 und 1933, sowie die Beziehungen beider Länder nach 1945 — sollen in Kürze auf den folgenden Tagungen eingehend diskutiert werden. In der Beurteilung so wichtiger Fragen wie die der nationalsozialistischen Politik bestand völlige Übereinstimmung.

Im Sinne der fruchtbar begonnenen Arbeit hat die UNESCO-Kommission der Bundesrepublik Deutschland zu einer weiteren Begegnung im Mai 1972 Vertreter und Schulbuchexperten der UNESCO-Kommission der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Diese Einladung wurde mit Zufriedenheit angenommen.

Die Ergebnisse der Begegnung in Warschau sollen so bald wie möglich in beiden Ländern veröffentlicht werden. Es besteht darüber hinaus die Absicht, darüber zu beraten, welche weiteren Möglichkeiten bestehen, durch Schaffung von zusätzlichem Lehrmaterial — Anthologien, Filmen etc. — zu einer objektiven Darstellung der gegenseitigen Beziehungen in der Vergangenheit und Gegenwart im Schulunterricht und in der Jugenderziehung beizutragen.

Diese erste Begegnung hat gemäß den UNESCO-Prinzipien in einer Atmosphäre der Offenheit und wissenschaftlicher Sachlichkeit stattgefunden.

Empfehlungen

1. *Slawen und Germanen im Altertum und frühen Mittelalter*

Über die Entstehung der großen indoeuropäischen sprachlich-ethnischen Gruppen, u. a. die Germanen und Slawen, deren Urheimat und Wanderungen im Altertum und die Ausbreitung der ostgermanischen Stämme gibt es verschiedene Hypothesen, und als solche sollten sie in den Schulbüchern gekennzeichnet werden.

Es steht fest, daß die Ostgermanen keine Vorfahren der deutschen Stämme waren. Der europäische Kulturkreis des Mittelalters ist das Ergebnis der Synthese mediterran-christlicher, germanischer und slawischer Kultur.

2. *Die Entstehung der europäischen Staaten im Mittelalter*

In der Zeit des Überganges vom Früh- zum Hochmittelalter entfaltete sich die europäische Staatenwelt als das Ergebnis des Zerfalls des spätkarolingischen Imperiums und verschiedener Integrationsprozesse in anderen Gebieten Europas.

In dieser Zeit bildeten sich die staatlichen Institutionen in Frankreich, England, Deutschland, den skandinavischen Ländern, Polen, Böhmen, Ungarn und auf dem Boden der südslawischen Völker und der Kiewer Rus. Damals entstanden die gemeinsamen Züge der Verfassungsstrukturen und damit der Personenverband mit einer Dynastie an seiner Spitze sowie die kirchliche Organisation als Element der staatlichen Ordnung.

3. *Das Kaisertum und die deutsch-polnischen Beziehungen im hohen Mittelalter*

Die Institution des Imperiums enthielt die Konzeption von der Vorrangstellung des Kaisers. Als *primus inter pares* gilt er sowohl in Byzanz als auch im Westen als Oberhaupt einer symbolisch aufgefaßten Familie der Könige.

Seit Mitte des 11. Jahrhunderts begannen sich neue Vorstellungen von den zwischenstaatlichen Beziehungen zu entwickeln. Diese führten im 12. Jahrhundert zur Herausbildung der Konzeption von der staatlichen Souveränität.

Die lehnsrechtlichen Theorien von den Formen zwischenstaatlicher Beziehungen sollen ein Gegenstand weiterer Diskussionen sein. Jedenfalls bedeuteten die Lehnsuldigungen polnischer Fürsten gegenüber dem Kaiser nicht die Eingliederung Polens oder polnischer Teilfürstentümer in das deutsche Königsreich. Sie waren nur die Anerkennung der kaiserlichen Prärogative.

4. *Die mittelalterliche deutsche Siedlung im östlichen Mitteleuropa*

Die deutsche Kolonisation im östlichen Mitteleuropa sollte als demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Prozeß behandelt werden. Das Fortschreiten der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Oberitalien, der Provence und den Rheinlanden um die Wende vom 1. zum 2. Jahrtausend machte aus ihnen Ausstrahlungszentren neuer Arten der Produktion und des Handels sowie neuer Rechtsformen für Stadt und

Land. Alle europäischen Völker, darunter die slawischen und germanischen, schufen selbständig die Grundlagen, die ihnen die Übernahme neuer Kulturformen ermöglichten. Überall waren diese ein Faktor der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und des Erblühens der mittelalterlichen Kultur. Die nach diesen Formen von den Herrschern und dem Grundadel auf westslawischem Gebiet gewährten Rechte und Freiheiten lockten neue Siedler aus dem Bereich des alten karolingischen Imperiums an. Diese Siedler spielten bei der wirtschaftlich-sozialen Umwandlung der westslawischen Länder vom 12. bis zum 14. Jahrhundert eine positive Rolle. Die Zahl der Siedler und der Umfang ihres Anteils an diesen Veränderungen läßt sich nicht vollständig klären. Das Übergewicht der Deutschen unter den Zuwanderern führte zur Entstehung des Terminus „deutsches Recht“ für die Umschreibung ihrer Freiheiten und Pflichten. Seit dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts wurde dieses Recht auch polnischen Siedlern gewährt. Infolgedessen war die Verbreitung des deutschen Rechtes unverhältnismäßig viel größer als der Anteil der Deutschen an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Polens im 13. und 14. Jahrhundert.

Die endgültige Bildung der deutschen Neustämme östlich der Elbe kamen erst einige Jahrhunderte nach der mittelalterlichen deutschen Siedlung zum Abschluß.

5. *Polen und der Deutsche Orden*

In den polnischen Schulbüchern wird vor allem die säkular-staatliche und militärisch-expansive Rolle des Ordens hervorgehoben, in den westdeutschen seine zivilisatorische und missionarische Aufgabe betont. Es würde die weitere Diskussion erleichtern, wenn beide Momente betont berücksichtigt würden.

6. *Die polnische Kultur im Zeitalter der Renaissance und der Aufklärung*

Der eigenständigen Entwicklung und Leistung der polnischen Kultur in der Renaissance und der Aufklärung sollte im Rahmen der Darstellung der Evolution des europäischen Geisteslebens durch Erwähnung in den Schulbüchern Rechnung getragen werden. Hier wäre z.B. auch der Rolle von Copernicus als eines polnischen Reichsbürgers und Gelehrten von europäischem Rang zu gedenken.

Die im Königreich Polen herrschende nationale und religiöse Toleranz bedarf ebenso einer Berücksichtigung wie der besondere Charakter der polnischen Reformation, deren bestimmende geistig-intellektuelle Antriebe und politische Motivation vor dem Hintergrund der generellen geistlichen Erneuerung nicht verschwiegen werden dürfen. Die beiderseitige Interdependenz, die von der Historiographie beider Länder erkannt worden ist, muß die bisherige Interpretation ablösen, es habe sich um einen einseitig von Westen nach Osten verlaufenden Kulturaustausch gehandelt.

7. *Die polnischen Teilungen*

Bei der Behandlung der polnischen Teilungen sind neben den vordergründigen politischen Motiven auch die sozio-ökonomischen Momente und die strategischen Überlegungen der Teilungsmächte zu berücksichtigen. Außerdem bedürfen die — unter anderen von Stanislaw August Poniatowski vorangetriebenen — originellen Ansätze, vor 1772 durch grundlegende Reformen des Staats- und Gesellschaftsgefüge die Adelsrepublik zu modernisieren, einer Erwähnung. Die von der modernen Historiographie beider Länder erschlossenen Quellen und die darauf basierenden Interpretationen sind bei einer Überprüfung der Darstellung der Verantwortung Preußens unter Friedrich II. am Zustandekommen der ersten Teilung heranzuziehen.

8. Der Kampf des polnischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit

Das polnische Volk hat sich nach dem Verlust der Eigenstaatlichkeit in keinem der drei Teilungsgebiete mit der Tatsache der Teilung abgefunden; es hat vielmehr den Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit aufgenommen.

1. Dieser Kampf begann mit dem Aufstand Kosciuszkos (1794) und fand mit der Aufstellung militärischer Verbände an der Seite des napoleonischen Frankreichs (Polnische Legionen) seine Fortsetzung. Das Lied der Legionen „Noch ist Polen nicht verloren“ wurde die Nationalhymne Polens. Ein Ergebnis der Teilnahme polnischer Legionen an den Feldzügen Napoleons war die Gründung des Herzogtums Warschau im Jahre 1807, der Keimzelle eines polnischen Staates. Das Herzogtum Warschau war ein Bestandteil des napoleonischen Staatensystems und durch die Union mit dem Königreich Sachsen de facto ein Glied des Rheinbundes.

2. Die nächste Phase im Kampf des polnischen Volkes bildete die Gründung von zivilen und militärischen Untergrundorganisationen in europäischen Staaten, u. a. auf dem Territorium des Deutschen Bundes, die sich die Beseitigung der auf dem Wiener Kongreß geschaffenen reaktionären Ordnung zum Ziel setzten. Der Wiener Kongreß hatte die polnische Frage nicht zur Zufriedenheit des polnischen Volkes gelöst. Statt ein unabhängiges Polen zu gründen, vereinigte man ein Großteil des Herzogtums Warschau mit einem Teil des ehemaligen russischen Teilungsgebietes zum Königreich Polen, in dem der Zar als polnischer König regierte. Der Westteil des Herzogtums Warschau wurde als Großherzogtum Posen mit der Krone Preußens vereinigt.

Der Aufstand im Königreich Polen war u. a. die Folge der Nichteinhaltung der vom Zaren 1815 erlassenen Konstitution sowie die Konsequenz des Versuches, die polnische Armee gegen revolutionäre Bewegungen in Europa (Belgien) einzusetzen. Am Aufstand nahmen der Kleinadel, ein Teil des Bürgertums, die Intelligenz, die studentische Jugend sowie die Offiziere teil. Er dauerte von Ende November 1830 bis Anfang Oktober 1831 und war einer der Faktoren, die den Sieg der französischen Julirevolution ermöglichten.

3. Der Krakauer Aufstand 1846 und die Bewegung in Posen eröffneten den europäischen „Völkerfrühling“. Zwei Jahre danach brach die Revolution im Großherzogtum Posen, in Krakau und in Galizien aus.

4. Infolge der Niederlage des Novemberaufstandes wurde das Königreich Polen beseitigt und sein Territorium dem Russischen Kaiserreich einverleibt. Der Widerstand gegen die Russifizierungspolitik des Zarenreiches und der Kampf um Unabhängigkeit führten zu einem der größten polnischen Aufstände — dem Januaraufstand 1863. Die Erhebung wurde durch die polnische Gesellschaft im ehemaligen Königreich Polen und in den anderen Teilungsgebieten sowie unter Mitwirkung der polnischen Emigration vorbereitet. Die Hauptzentren dieser Emigration, die sich nach dem Novemberaufstand gebildet hatte, befanden sich in Frankreich, Großbritannien und der Schweiz. In den Aufstand wurden alle sozialen Schichten einbezogen; er verdient es daher, als nationale Erhebung charakterisiert zu werden. Eine Folge der Niederlage war das Anwachsen des Terrors und der Unterdrückung (Verhaftungen, Deportationen nach Sibirien, verstärkte Russifizierungspolitik). Die bewaffnete Erhebung hatte aber auch positive ökonomische, soziale und kulturelle Veränderungen zur Folge.

9. Der Einfluß des polnischen Freiheitskampfes auf Deutschland

Die polnische Frage besaß nicht nur einen nationalen, sondern auch einen internationalen Aspekt.

1. Die fortschrittlichen Kräfte Polens und anderer Völker erstrebten gemeinsam neue gerechte soziale und politische Verhältnisse.

2. Besonders deutlich wurde dieses Streben bei der Zusammenarbeit der liberalen und demokratischen Strömungen in Polen und Deutschland. Die ersten Symptome einer solchen Zusammenarbeit wurden bereits in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts spürbar, besonders unter der studentischen Jugend. Es wurden bereits damals Verbindungen zwischen Studentengruppen in Warschau, Krakau, Wilna einerseits und Burschenschaften in Berlin, Breslau, Königsberg, Heidelberg und Marburg andererseits geknüpft. In Berlin und Breslau gab es sogar gemeinsame deutsch-polnische Studentenbünde.

3. Die Vertreter der jungen Generation in Deutschland gaben 1830 ihrer Sympathie für das kämpfende polnische Volk offen Ausdruck; sie organisierten nicht allein Solidaritätskundgebungen, sondern nahmen auch als Ärzte und Sanitäter an dem Aufstand teil.

Die Aufständischen, deren Weg in die Emigration durch Deutschland führte, wurden von der deutschen Gesellschaft herzlich empfangen.

In vielen Städten entstanden Polenvereine. Sie förderten

a) die Annäherung führender Persönlichkeiten der liberalen und demokratischen Bewegung in Polen und Deutschland.

b) die materielle Hilfe für die polnische Bewegung,

c) sie trugen nicht zuletzt zu der Popularisierung der polnischen Frage in der Dichtung (Polenlieder), Publizistik und wissenschaftlichen Literatur bei.

Die Polenfrage wurde zu einem Kristallisationspunkt der liberalen Opposition in Deutschland. In der Presse, in der Publizistik und in den Landtagen wurde jede Gelegenheit genutzt, um die Solidarität der deutschen Gesinnungsgenossen mit dem kämpfenden Polen zu demonstrieren und sich zugleich über die wichtigsten politischen Fragen des eigenen Landes zu äußern. Die Polenvereine waren neben den Komitees für die Verteidigung Griechenlands in den 20er Jahren eine der ersten organisierten Formen der liberalen Opposition in Deutschland.

4. Die Verbindung zwischen den fortschrittlichen Kräften in Deutschland und Polen wurde in den 30er Jahren weiter intensiviert. Die Vertreter der polnischen Emigration waren Ehrengäste auf dem Hambacher Fest, wo die polnische Fahne neben der deutschen und französischen Trikolore wehte. Viele polnische Offiziere nahmen an den konspirativen Bewegungen in Deutschland teil, so an dem Frankfurter Aufstand von 1833.

5. Die von den Polen propagierte Kampfsparole „Für Eure Freiheit, für unsere Freiheit!“ spiegelte sich u. a. in der Gründung des „Jungen Europa“ wider, der ersten revolutionären Organisation, die nicht zuletzt auf Initiative der deutschen und polnischen Emigration in der Schweiz zustande kam. Ihre politische Programmklärung wurde von den polnischen und deutschen Vertretern erarbeitet und zuerst unterschrieben. Das „Junge Europa“ umfaßte die folgenden nationalen Sektionen: Junges Deutschland, Junges Polen, Junges Italien, Junges Frankreich, Junges Spanien und die Junge Schweiz; es wollte der reaktionären „Heiligen Allianz“ der Monarchen einen Bund der freien Völker entgegenstellen.

6. Die Verhaftung der führenden Persönlichkeiten der polnischen Geheimbünde in Posen 1846 und der Polenprozeß des Jahres 1847 steigerten das Interesse der öffent-

lichen Meinung Deutschlands an der polnischen Frage; sie förderten die revolutionäre Stimmung in Preußen. Das Ergebnis war die Befreiung der polnischen Häftlinge während der Berliner Märzrevolution und ihre Teilnahme an den revolutionären Ereignissen des Jahres 1848 in Deutschland. Polen kämpften auf den Barrikaden in Berlin, Dresden, Wien und später, während der Reichsverfassungskampagne, in Baden und der Pfalz.

7. In den Jahren 1848/49 kam es zu einer Neubewertung der polnischen Frage durch die liberale Bourgeoisie in Deutschland. In der Polendebatte der Frankfurter Nationalversammlung entfernte sich die Mehrheit der Liberalen von ihren bisherigen propolnischen Sympathien und verwarf den Gedanken der Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates, da sie nicht bereit war, auf das Großherzogtum Posen zu verzichten. Ihre antipolnischen Vorbehalte wurden während des Aufstandes im Großherzogtum Posen besonders deutlich. Die relativ kleine demokratische Partei in der Frankfurter Nationalversammlung beharrte dagegen auf ihrer konsequenten Stellungnahme zugunsten der Rechte des polnischen Volkes auf einen freien und unabhängigen Staat. Das galt vor allem für die Anhänger der von Karl Marx redigierten „Neuen Rheinischen Zeitung“.

8. Der Kampf für die Freiheit und für die Rechte des polnischen Volkes wurde in den 60er und 70er Jahren von der jungen deutschen Arbeiterbewegung fortgesetzt. Ihre führenden Persönlichkeiten vertraten in Reden und Schriften diesen offiziellen Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Die Gründung der I. Internationale ist mit der polnischen Frage eng verbunden. Die Internationale wurde 1864 in London auf einer Gedenk- und Solidaritätskundgebung für den polnischen Januar-Aufstand gegründet. Karl Marx nahm an dieser Kundgebung und an der Gründung der Internationale maßgeblichen Anteil.

10. Industrialisierung

Bei der Behandlung der Industrialisierung im 19. Jahrhundert sollte berücksichtigt werden, daß der Aufbau der Schwerindustrie im Ruhrgebiet nur durch den Zustrom deutscher und polnischer Arbeiterbevölkerung aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates möglich war. Dadurch erhielten einige Städte des Ruhrgebietes z. B. Bochum, Herne, Gelsenkirchen starke polnische Bevölkerungsteile. Ihre Mitwirkung am Aufbau der Industrie und am Ausbau der Städte ist erheblich.

Als ein Gegenstück sollte der Aufbau der Textilindustrie in Lodz und Umgebung behandelt werden, der in der ersten Hälfte des Jahrhunderts durch deutsche Tuchmacher und Weber aus den preußischen Ostprovinzen begonnen und z. T. durch deutsche Fabrikanten aus Westdeutschland fortgesetzt wurde. Dadurch hatte die polnische Industriestadt Lodz einen starken deutschen Bevölkerungsanteil, der sowohl im Bürgertum wie in der Arbeiterbewegung (SDKPiL) eine Rolle spielte.

11. Polenpolitik

Bei der Behandlung des Deutschen Kaiserreiches sollten die Polenpolitik Bismarcks und der Volkstumskampf, vor allem in den Provinzen Posen und Westpreußen, berücksichtigt werden. Bei der Polenpolitik sollte — vom Kulturkampf ausgehend — auf die verschiedenen restriktiven Maßnahmen wie die Einstellung des polnischen Unterrichts, die Ausweisung nichtpreußischer Staatsbürger sowie auf die Ansiedlungspolitik hingewiesen werden. Dabei sollte deutlich werden, daß die Polenpolitik unter

Bismarcks Nachfolgern zwar Schwankungen unterlag, im ganzen aber doch eine Zurückdrängung des polnischen und eine Stärkung des deutschen Bevölkerungsanteils mit verschiedenen Mitteln anstrebte, ohne damit Erfolg zu haben, da die Prozentsätze sich eher zu Ungunsten des deutschen Anteils verschoben. In diesem Zusammenhang könnte auch die polnische Nationalbewegung in Oberschlesien behandelt werden.

12. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1933—1939

Bei der polnisch-deutschen Nichtangriffserklärung von 1934 handelt es sich nicht, wie in vielen Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland behauptet wird, um einen „Freundschaftspakt“. Die Unterzeichnung des Abkommens hat es jedoch der nationalsozialistischen Regierung erleichtert, sich als europäischen „Ordnungsfaktor“ und „Friedensstifter“ hinzustellen. Polen hoffte, durch diese Erklärung das Deutsche Reich an sich zu binden, um eine Annäherung Deutschlands an die Westmächte, die auf Kosten Polens gegangen wäre, zu verhindern. Ein zweites Motiv der polnischen Seite war der Versuch, durch die Nichtangriffserklärung eine Öffnung der Sowjetunion nach Europa zu unterbinden.

Da es Hitler nicht gelang, Polen in einen Satellitenstaat zu verwandeln, war er 1939 zu einer kriegerischen Lösung entschlossen. Die Danziger Frage war für ihn nicht der Kriegsgrund, sondern nur ein Vorwand. Polen hatte unter diesen Umständen nur die Wahl, auf seine Eigenständigkeit zu verzichten oder sich zur Wehr zu setzen.

13. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik und der Widerstand

Beide Delegationen waren sich darin einig, daß bei der Behandlung des 2. Weltkriegs die nationalsozialistische Besatzungspolitik und ihre Konsequenzen für das polnische Volk hinreichend dargestellt werden müssen. Es sollte insbesondere deutlich werden, daß die Politik des Hitler-Regimes nicht nur die Auslöschung des polnischen Staates zum Ziel hatte, sondern auch die Ausrottung der polnischen Intelligenz und Kultur, die Verknechtung des polnischen Volkes, die Umwandlung Polens in einen Kolonialraum anstrebte. Die Schulbücher der Bundesrepublik Deutschland sollten sowohl diese Tatsache wie auch den Kampf der polnischen Streitkräfte, die den Fortbestand des polnischen Staates symbolisieren, und die Aktivität der polnischen Widerstandsbewegung, insbesondere die Erhebung des Warschauer Ghettos und den großen Warschauer Aufstand würdigen. Die deutschen Kollegen begrüßen die Tatsache, daß in den von ihnen eingesehenen polnischen Schulbüchern zwischen Deutschen und „Hitlerfaschisten“ unterschieden wird. Sie würden es allerdings begrüßen, wenn die deutsche Widerstandsbewegung, wie die polnische ein Glied der großen europäischen Widerstandsbewegung, in den polnischen Schulbüchern ausführlicher berücksichtigt würde. Um die Arbeit der Schulbuchautoren und Geschichtslehrer zu erleichtern, werden beide Delegationen Darstellungen der polnischen bzw. der deutschen Widerstandsbewegung ausarbeiten, die den gemeinsamen Empfehlungen als Annex beigefügt werden.

14. Geographie

Die detaillierte Analyse der Schulbücher für Geographie und der Atlanten zeigt eine Reihe von Fehlern und Ungenauigkeiten, die beide Länder betreffen. Um diese Fehler zu beseitigen, wurde es in der Diskussion zwischen den Vorsitzenden beider Delegationen als notwendig erkannt, das Material, insbesondere das informatorische, statistische, kartographische und Abbildungsmaterial systematisch auszutauschen.

Ebenso wurde festgestellt, daß die Auswahl der Fakten, die in den Schulbüchern enthalten sind, nicht immer die vollständige und objektive Kenntnis des jeweiligen

anderen Landes vermitteln, daß sie nicht genügen, die aktuelle ökonomische, soziale und politische Situation kennenzulernen und daß sie der Annäherung beider Länder nicht dient. Es wurde empfohlen, eine gründlichere und objektivere Zusammenstellung des Unterrichtsmaterials vorzunehmen. Ebenso wurde als notwendig erkannt, danach zu streben, aus den Schulbüchern die Elemente zu entfernen, die in der Jugend emotionales Verhalten auslösen, weil dieses nicht ihrer Erziehung im Geist gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung sowie dem friedlichen Zusammenleben beider Länder dient.

Die politischen Fragen, die in den geographischen Schulbüchern enthalten sind, sollen im Geist des Vertrages vom 7. 12. 1970 zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland („Warschauer Vertrag“) behandelt werden.

Bericht über die zweite deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und der Polnischen UNESCO-Kommission

vom 10. bis 17. April 1972 in Braunschweig.

KOMMUNIQUÉ

Auf Initiative der UNESCO-Kommissionen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland wurden die im Februar in Warschau begonnenen Gespräche polnischer und deutscher Historiker, Geographen und Schulbuchexperten in den Tagen vom 12. bis 15. April in Braunschweig fortgesetzt. Die Teilnehmer der Konferenz arbeiteten in den folgenden drei Untergruppen: Mittelalter und Neuzeit, Neueste Geschichte und Geographie. Es gelang ihnen, die Warschauer Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern beider Länder in zahlreichen Punkten zu ergänzen und zu vertiefen. Von der ersten Arbeitsgruppe wurden fünf Empfehlungen, darunter Vorschläge für die Forschung, formuliert. Die Periode 1914 bis 1933, über die die Diskussion in Warschau erst begonnen hatte, wurde eingehend erörtert, und es wurden insgesamt 16 Empfehlungen formuliert. Die Geographen erarbeiteten allgemeine Prinzipien für die Behandlung Polens und der Bundesrepublik Deutschland im Erdkundeunterricht, die auf den künftigen Tagungen noch erweitert werden sollen.

Diese Ergebnisse sollten unverzüglich in den Lehrbüchern und in der Unterrichtspraxis realisiert werden.

Die Diskussionen fanden in einer offenen, sachlichen, wissenschaftlich anregenden Atmosphäre statt, die die Verständigung begünstigte. Beide Delegationen hoffen, daß die weitere Zusammenarbeit, die im Geiste des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 begonnen wurde, die Verständigung der Völker beider Staaten fördern und beschleunigen wird.

Von seiten der polnischen UNESCO-Kommission wurde eine Einladung für den Herbst dieses Jahres ausgesprochen und von der deutschen Seite mit Befriedigung angenommen. Diese dritte polnisch-deutsche Schulbuchkonferenz soll sich mit einer Detailanalyse von Geschichts- und Geographiebüchern beider Länder und mit einer ersten eingehenden Erörterung der Jahre nach 1945 beschäftigen. Zusätzlich sollen allgemeine historische Probleme und Fragen der Historiographie behandelt werden, die für die Geschichtsschreibung beider Länder von besonderer Bedeutung sind.

Braunschweig, den 15. April 1972

Władysław Markiewicz

Georg Eckert

1. Terminologische Fragen

Um unnötige Mißverständnisse oder gar Verzerrungen historischer Phänomene und Vorgänge zu vermeiden, wird empfohlen, in den Schulbüchern nur solche Termini zu verwenden, die aus den Quellen belegbar bzw. ihnen angepaßt und in der modernen wissenschaftlichen Forschung eingeführt sind. Es wird empfohlen, eine Liste der am häufigsten vorkommenden mißverständlichen, unklaren oder kontroversen Termini in der nächsten Zeit zusammenstellen zu lassen.

2. Schlesien und Pommern in der Frühgeschichte Polens

(X.—XIII. Jahrhundert)

a) In der Darstellung der Geschichte Schlesiens und Pommerns im X.—XIII. Jh. gibt es Unterschiede in den Interpretationen der Grundfakten durch die polnische und deutsche Geschichtsschreibung; dies beruht auf zwei Prämissen:

Die deutsche Geschichtsschreibung hob die Fakten über die Beziehungen dieser Gebiete zum deutschen Königtum bzw. zum römischen Kaisertum und die Germanisierungsprozesse dieser Länder besonders hervor.

Die polnische Geschichtsschreibung hingegen betonte die Fakten betreffend die Beziehungen Pommerns und Schlesiens zum polnischen Piastentum und die Kontinuität der ethnischen und kulturellen slawischen Komponente, die sich in unterschiedlicher Stärke in manchen Gebietsteilen bis in die Gegenwart erhalten hat.

b) Die deutsche Geschichtsschreibung betrachtete die rechtlich-politischen Phänomene, die sich auf Schlesien und Pommern beziehen, vornehmlich aus der Sicht des westeuropäischen Lehnsrechts. Die polnische Geschichtsschreibung hingegen deutete diese Erscheinungen meist mit den Kategorien des Patrimonialstaates, betrachtete die polnischen Gebiete als Eigentum der Piastendynastie und sah dabei die Lehnsbindung als zweitrangig an. Die verschiedenen Interpretationen der deutschen/westdeutschen und der polnischen Historiographie finden ihren Niederschlag in den voneinander abweichenden Darstellungen der Geschichte Schlesiens und Pommerns in den Lehrbüchern.

c) In den vorkriegsdeutschen und heutigen westdeutschen Lehrbüchern wird oft die Ansicht vertreten, daß Schlesien sich bereits im Jahre 1163 durch die Anerkennung der Lehnsabhängigkeit vom Kaisertum aus der polnischen politischen Gemeinschaft gelöst habe. Nach diesen Darstellungen sei eine schnelle Germanisierung Schlesiens und des dortigen Zweiges der Piastendynastie erfolgt. In den polnischen Büchern dagegen unterstreicht man die politische und kirchliche Verbindung Schlesiens mit dem Patrimonialstaat der Piasten im Mittelalter. Die Trennung Schlesiens von der polnischen politischen Gemeinschaft wird auf die Jahre 1325/1348 datiert, und zwar im Zusammenhang mit dem Übergang der schlesischen Teilfürstentümer in den Hoheitsbereich der Könige von Böhmen.

d) In den deutschen Lehrbüchern wird die Einbeziehung Pommerns und Pommerellens in den Bereich des polnischen Patrimonialstaates im allgemeinen nicht erwähnt. Dagegen unterstreicht man die frühere Lehnsabhängigkeit Pommerns vom Kaisertum und danach von Brandenburg. In den polnischen Lehrbüchern wird die Huldigung des pommerischen Fürsten Boguslaw I. gegenüber Kaiser Friedrich Barbarossa (1181) als eine Episode betrachtet. Man weist auf die Abhängigkeit Pommerns von Dänemark (1184) hin und wertet erst die Abhängigkeit von Brandenburg (1231) als Übergang dieses Gebietes in die mittelbare Reichshoheit. Man unterstreicht auch das Fortleben

vieler slawischer Institutionen in diesem Gebiet, die den pommerischen Fürstentümern spezifische Züge im Vergleich zu den anderen Territorialstaaten des Reichs verliehen hatten.

c) In diesem Zusammenhang muß man vor allem bestrebt sein, die offensichtlichen faktographischen Fehler in den Schulbüchern, die in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen benutzt werden, zu korrigieren. Außerdem wäre es angebracht, beide oben skizzierten Interpretationen in nächster Zukunft einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Man müßte dabei besonderes Augenmerk auf die historiographischen Prämissen einiger Anschauungen und ihre moderne politische Begründung richten. Das würde die Beseitigung verwurzelter und von vornherein fehlerhafter Konzeptionen, die nicht auf kritischer Interpretation der Quellen beruhen, ermöglichen.

3. Polen und der Deutsche Orden

(Vergleiche Nr. 5 der Warschauer Empfehlungen)

In den polnischen Schulbüchern wird vor allem die säkular-staatliche und militärisch-expansive Rolle des Ordens hervorgehoben, in den westdeutschen seine zivilisatorische und missionarische Aufgabe betont.

Dieser Sachverhalt spiegelt zu einem guten Teil die zwischen der polnischen und der deutschen/westdeutschen Forschung grundsätzlich bzw. punktuell kontroverse Einschätzung des Deutschen Ordens wider, welche daher bei der Behandlung folgender wesentlicher Fakten der Ordensgeschichte zukünftig zu berücksichtigen ist:

(13. Jh.) 1. „Vorgang der Landnahme“ (Rechtsgrundlagen, Eroberung des Preußenlands, Erwerb von Pommerellen), 2. „Ordensstaat“ (geplante Landesherrschaft, Friede von Christburg, Missionsaufgabe),

(14. Jh.) 3. „Verhältnis zu Polen“ (Pommerellen 1269—1343), 4. „Verhältnis zu Litauen“, 5. „Hochmeisterstaat“ (Land und Herrschaft),

(15. Jh.) 6. „Verhältnis zu Polen-Litauen“ (Schlacht von Tannenberg/Grunwald — 1. Thorner Friede — 13jähriger Krieg — 2. Thorner Friede — Zerfall des Hochmeisterstaats — Städte und Adelsopposition), 7. „Nach 1466: Preußen königl. Anteils-Restordensstaat“,

(16. Jh.) 8. „1525: Säkularisierung und Lehnsnahme“.

Der vorgenannte Problemkomplex sollte in Kürze erneut behandelt werden, um zu detaillierten Empfehlungen zu kommen.

4. Die kulturellen und konfessionellen polnisch-deutschen Beziehungen im 16. und 17. Jahrhundert

Die Reformation, die sich in Polen in ihrer lutherischen Prägung Mitte des 16. Jahrhunderts entwickelt hat, kam aus Deutschland. Sie gewann vor allem Anhänger unter den Stadtbewohnern in Großpolen und in Preußen Königlichen Anteils. Unter der Herrschaft der polnischen Könige erfreuten sich diese Städte einer beachtlichen Autonomie auf dem Gebiet der städtischen Selbstverwaltung und genossen eine Reihe von Handelsprivilegien, die ihre wirtschaftliche Entwicklung ermöglichten. Mitte des 16. Jahrhunderts gewährte Sigismund II. August den Städten in Preußen Königlichen Anteils Religionsfreiheit, wodurch die Lutheraner die Möglichkeit erhielten, sowohl ihre eigenen Kirchen als auch ihre Schulen und Druckereien einzurichten.

Dies führte zur kulturellen Blüte in Preußen Königlichen Anteils im 16. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit wirkten dort viele hervorragende Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die ihre Werke in polnischer,

deutscher und lateinischer Sprache verfaßten. Besondere Anerkennung genossen sowohl in Polen als auch im Ausland vor allem die Gymnasien von Thorn und Danzig. Im 17. Jahrhundert fand in Deutschland die in den Werken der Polnischen Brüder (Sozialer) vertretene Konzeption der religiösen Toleranz weitere Verbreitung.

Aus Deutschland, aus dem von den Habsburgern beherrschten Schlesien und aus den Niederlanden strömten im 16. und 17. Jahrhundert Bürger und Bauern, die dort aus konfessionellen Gründen verfolgt worden waren, nach Polen (vor allem Lutheraner, in geringerer Zahl Mennoniten und Antitrinitarier). Sie erreichten in Großpolen und in Preußen Königlichen Anteils einen beachtlichen Wohlstand und leisteten ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieser Länder.

Der generelle Aufschwung dieser Gebiete wurde durch den Einfall der Schweden und Brandenburger, die Polen um die Mitte des 17. Jahrhunderts („Kriege der blutigen Sintflut“) verwüsteten, unterbrochen. Der endgültige Erfolg der Gegenreformation in der Adelsrepublik bedingte die Übersiedlung von Protestanten aus Großpolen und Kleinpolen nach Danzig, Elbing, Thorn und anderen Städten Preußens Königlichen Anteils. Sie bewahrten der Republik Polen gegenüber volle Loyalität, weil die ihnen einst zugesprochene Konfessionsfreiheit und die städtische Selbstverwaltung weiterhin aufrechterhalten wurde.

5. Der polnische Staat im 18. Jahrhundert

Die „politische Kultur“ der Rzeczpospolita des grundbesitzenden Adels hatte ihre Ausstrahlungskraft auf die ständische Politik in ihrem Widerstand gegen die absolutistische Kronegewalt in Preußen, Kurland und Livland. Umgekehrt hat das Problem einer Stärkung der Kronegewalt im Reformdenken der späten Adelsrepublik — zumal unter August dem Starken — eine wichtige Rolle gespielt. Doch wurden die Chancen dafür seit dem Beginn der offenen Einmischungspolitik der großen Nachbarn (1717/21) und der Festigung ihrer Allianz in der polnischen Frage (1735) immer geringer.

Die Teilungen Polens fallen in eine Zeit, da in diesem Land, insbesondere seit dem Regierungsbeginn von Stanisław August Poniatowski, positive Veränderungen auf dem Gebiet der Staatsordnung, der Wirtschaft, der Kultur und der sozialen Verhältnisse in Gang kamen. Besonders verdienen unter den Staatsreformen die Reformen des Sejms 1764 sowie die Reformen des Großen Sejms 1788 bis 1792, vor allem aber die Verfassung vom 3. Mai 1791 Beachtung, denn diese Reformen haben die politische Struktur der Adelsrepublik in eine gut durchorganisierte konstitutionelle Monarchie verwandelt. Es muß unterstrichen werden, daß Polen während der Aufklärung einer der aktivsten Brennpunkte der europäischen Kultur war; die in Polen verwirklichten Reformen auf dem Gebiet des Schulwesens (Szkola Rycerska / Ritterschule 1765, Komisja Edukacji Narodowej / Nationale Edukations-Kommission 1773) waren Pionierleistungen.

Nach den neuesten Ergebnissen der historischen Forschung beider Seiten spielte dabei Stanisław August Poniatowski eine große Rolle. Er war ein König von ausgeprägter politischer Individualität. Jedenfalls haben die durch russisch-preußisch-österreichische Gewaltpolitik erstickten Reformen als große politische Leistung der polnischen Aufklärung auf das politische Denken und auf liberale reformerische Ansätze in Deutschland und Europa gewirkt.

6. Preußen und die Teilung Polens

Das konsequente Streben der brandenburgischen Hohenzollern führte dazu, daß das von Polen abhängige Preußen in ihre Hände (1618) übergang, und zwar als Lehen der

Krone Polen. 1657 errangen die Hohenzollern im Herzogtum Preußen die Souveränität, und 1701 wurde Kurfürst Friedrich III. als Friedrich I. zum König in Preußen gekrönt. Parallel dazu verliefen die Vereinigungsbemühungen zwischen Brandenburg und dem Herzogtum Preußen. Diese territoriale Vereinigung erreichte Friedrich II., indem er die günstige politische Lage in Europa ausnutzte und das Zustandekommen der Ersten Teilung Polens förderte (1772). Der Teilungsvertrag war für Preußen von grundlegender politischer Bedeutung, und die Teilnahme Preußens an den folgenden Teilungen Polens war die Konsequenz zielbewußter hohenzollernscher Machtpolitik.

Neueste Geschichte (1914—1933)

1. Der erste Weltkrieg und die deutsch-polnischen Beziehungen

a) Der erste Weltkrieg war der erste große Krieg, in dem die drei Teilungsmächte sich als Feinde gegenüberstanden. Damit eröffnete sich für die Polen die Aussicht, die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Staates wiederherzustellen. Die polnische Nationalbewegung war über den Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden sollte, nicht einig. Während die Nationaldemokraten dazu neigten, in der gegebenen Situation mit dem zaristischen Rußland, dem Alliierten Frankreich, zusammenzugehen, um eine Vereinigung aller polnischen Teilungsgebiete zu erreichen, waren andere Gruppen und Persönlichkeiten — darunter Pilsudski — der Ansicht, daß man die Freiheit Polens im Bunde mit den Mittelmächten, vor allem mit Österreich-Ungarn, das im Zusammenhang mit dem Ausgleich von 1867 Galizien eine weitgehende Autonomie zugestanden hatte, verwirklichen sollte. Der linke Flügel der Arbeiterbewegung hoffte auf einen revolutionären Zusammenbruch aller Teilungsmächte.

b) Am 5. November 1916 proklamierte die deutsche Regierung, besonders von ihrer militärischen Führung (General Ludendorff) dazu gedrängt, mit Zustimmung Österreich-Ungarns, feierlich die Schaffung eines neuen Königreichs Polens. Dabei dachten die Mittelmächte nicht daran, ihre von Polen bewohnten Gebiete dem vorgesehenen neuen polnischen Staat abzutreten. Vielmehr forderten einflußreiche deutsche Kreise aus strategischen Gründen die Abtrennung eines von der Ostspitze Oberschlesiens bis zum Ostrand Ostpreußens reichenden Grenzstreifens an Deutschland, aus dem sie die polnischen Bewohner auszusiedeln gedachten. Die Proklamation vom 5. November 1916 täuschte die Absicht vor, im Kampf gegen den Zarismus dem Freiheitsverlangen des polnischen Volkes entgegenzukommen. In Wahrheit sollte diese Aktion polnische Soldaten liefern und das neue Polen, über dessen künftige Grenzen bezeichnenderweise nichts gesagt wurde, zu einem Teil des deutscherseits angestrebten Gürtels von Satellitenstaaten machen, durch dessen Schaffung Rußland möglichst weit nach Osten zurückgedrängt werden konnte. Die Proklamation fand daher beim polnischen Volk keine Resonanz und erwies sich vom Standpunkt ihrer Urheber als Fehlschlag. Der Friede von Brest-Litowsk wirkte auf die Polen als Bestätigung ihrer Befürchtungen.

2. Die Oktoberrevolution und Polen

a) Solange Rußland der Kriegscoalition der Ententemächte angehörte, scheuten sich seine westlichen Alliierten, eine verbindliche Erklärung über die vom ganzen polnischen Volk geforderte Wiedererrichtung eines polnischen Staates abzugeben. Insofern war die Lage der Polen grundlegend anders als die Lage der Tschechen. Während die tschechischen Exilpolitiker seit 1915 mit der Unterstützung der Ententemächte rechnen konnten, die Länder der böhmischen Krone aus dem feindlichen österreichisch-ungarischen Staatsverband ausgliedern, schufen erst die Oktoberrevolution und das Aus-

scheiden Rußlands aus der Alliierten Kriegskoalition die Voraussetzung für die Anerkennung der nationalen Selbständigkeitsbestrebungen der Polen durch die Alliierten.

b) Die Oktoberrevolution war für die Wiedererstehung des polnischen Staates in doppelter Hinsicht von Bedeutung:

Die Bolschewiki und Lenin erklärten sich aufgrund ihrer prinzipiellen Nationalitätenpolitik für ein unabhängiges Polen. Diese Entscheidung hatte 1917/18 vor allem psychologisch-propagandistische Bedeutung, da Polen außerhalb des Machtbereichs der Bolschewiki lag.

In der Konsequenz des „Dekrets über den Frieden“ des Rates der Volkskommissionen und mit dem Abschluß des Waffenstillstandes mit dem Deutschen Reich schied Rußland endgültig aus der Entente mit den Westmächten aus. Für die Entente waren damit die Voraussetzungen gegeben, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen, die im Westen im wesentlichen von Vertretern der Nationaldemokratie betrieben wurden, anzuerkennen und zu fördern.

Die ausdrückliche Berücksichtigung der polnischen Forderungen in den 14 Punkten Wilsons, deren Proklamation u. a. eine Reaktion auf die Oktoberrevolution darstellen, erklärte sich nicht zuletzt aus dieser Situation.

Nach dem Ausbruch des russischen Bürgerkrieges war keine der russischen Bürgerkriegs-Parteien in der Lage, in Polen aktiv zu werden. Dem Versuch der Bolschewiki, in Litauen-Weißrußland (Sowjetrepublik-Litbel) und in der Ukraine revolutionär die Macht zu ergreifen, war nur vorübergehend Erfolg beschieden; erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 waren die Ukraine, Weißrußland und das östliche Baltikum im Machtbereich der Sowjetregierung. Die sogenannten Weißen Regierungen und Machthaber, die die Förderung der Entente erhielten, waren zu keinem Zeitpunkt mächtig genug, die russische Herrschaft über Polen wieder herzustellen.

Der russische Bürgerkrieg, der in den umkämpften Gebieten östlich und nördlich des Bugs zeitweilig ein Machtvakuum schuf, war dagegen für die Frage der polnischen Ostgrenze, vor allem für das Problem der Zugehörigkeit der ukrainischen Territorien, von größter Bedeutung.

3. Der Zusammenbruch der Mittelmächte und die deutsch-polnischen Beziehungen

a) Erst der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte und die Auswirkungen der Novemberrevolution von 1918 in Deutschland schufen die Voraussetzungen für die Proklamierung des souveränen polnischen Staates.

Die polnische Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz verlangte im Westen Polens im wesentlichen die Wiederherstellung der Grenze von 1772 sowie aus ethnischen Gründen die Eingliederung von ganz Oberschlesien und des südlichen Teils von Ostpreußen, die vor der Ersten Teilung nicht zum polnischen Staatsverband gehört hatten. Durch den Posener Aufstand war unter Vorwegnahme der Ergebnisse der Friedenskonferenz zwischen Dezember 1918 und Februar 1919 bereits eine vollendete Tatsache geschaffen und die Provinz Posen der polnischen Oberhoheit unterstellt worden.

Aufgrund des deutschen Einspruchs, der Unterstützung der britischen und der Bedenken der amerikanischen Regierung, beschloß die Pariser Friedenskonferenz, im südlichen Ostpreußen, in Teilen Westpreußens und in Oberschlesien durch Volksabstimmungen über die künftige staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete entscheiden zu lassen. Gleichzeitig wurde festgelegt, in Erfüllung des 13. Punktes des Wilsonschen Programms für Polen durch die Schaffung der Freien Stadt Danzig den ungehinderten Zugang zur Ostsee sicherzustellen. Durch diese Grenzregelungen ging die Landverbindung

zwischen Ostpreußen und dem übrigen deutschen Staatsgebiet verloren; ein 1920 gemäß dem Versailler Vertrag abgeschlossenes Transitabkommen regelte die Verkehrsverbindungen.

Der Versailler Vertrag bildete die völkerrechtliche Grundlage für den Bestand des polnischen Staates. Er stellte Polen in den Grenzen von 1772 im Westen weitgehend wieder her. In der deutschen Öffentlichkeit dagegen wurden die Abtretungen als untragbarer Verlust deutschen „Volksbodens“ betrachtet und eine Gefährdung der deutschen Ernährungsbasis befürchtet. Während Polen unbeirrt am Vertrag festhielt, herrschte in Deutschland nahezu einhellige Übereinstimmung in der Forderung nach Revision seiner Ostgrenze.

b) Die militärische Niederlage Deutschlands mit ihrer Konsequenz der Annahme von Wilsons 14 Punkten durch das Waffenstillstandsangebot schloß ein, daß das Deutsche Reich gezwungen war, die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates zu akzeptieren. Obwohl der Rat der Volksbeauftragten, die revolutionäre Übergangsregierung, sich dieser Einsicht nicht verschloß, bemühte er sich, die Einheit des Reiches so weit wie irgend möglich zu wahren und in diesem Sinne die territorialen Verluste so gering wie möglich zu halten. Daher war es von großer Bedeutung für die Formierung eines unabhängigen polnischen Staates, daß der Posener Aufstand für einen Teil der von Polen beanspruchten Gebiete vollendete Tatsachen schuf, noch ehe die Pariser Friedenskonferenz mit der Behandlung der Grenzfrage begann. Während die überwiegend von Polen beherrschten Arbeiter- und Soldaten-Räte im Posener Land den Aufstand und die Loslösung vom Deutschen Reich unterstützten, bildeten die deutschen Arbeiter- und Soldaten-Räte in den östlichen Grenzgebieten eine im allgemeinen zuverlässige Stütze der Reichsregierung.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft Oberschlesiens wurde noch dadurch verschärft, daß neben den nationalen Spannungen vor allem auf deutscher Seite auch wirtschaftliche Interessen (Erhaltung der oberschlesischen Montanindustrie für Deutschland) eine gewichtige Rolle spielten. Insgesamt erwies sich in den Revolutionsmonaten, daß auf deutscher Seite nur kleine, politisch einflußlose Gruppen und einzelne Persönlichkeiten Verständnis für Haltung und Forderungen der Polen aufbrachten.

Um die gefährdeten Grenzen im Osten zu sichern, griff die Reichsregierung bereits im November / Dezember 1918 zu dem problematischen Mittel, Grenzschutztruppen und Freikorps von zweifelhafter politischer Loyalität einzusetzen; diese Freikorps entwickelten sich schnell zu einer ernsthaften Bedrohung der jungen deutschen Republik.

c) Der wiedererstandene polnische Staat, der aus drei ehemaligen Teilungsgebieten zusammengesetzt war, war gezwungen, in kurzer Zeit ein einheitliches Wirtschafts- und Verwaltungssystem neu aufzubauen. Nationale Minderheiten sowie weitgehende soziale Differenzierungen und Spannungen erschwerten diese Aufgabe wesentlich. Trotzdem gelang es im Laufe von 20 Jahren, einen gewissen wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen, eine einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung von hohem Niveau zu schaffen und ein reges kulturelles Leben zu fördern.

4. Grenzfragen

Die Auseinandersetzungen um Oberschlesien und vor allem um das Industriegebiet, die die beiden Nationen in den Jahren nach 1919 zusehends verfeindeten, können in den Schulbüchern der Bundesrepublik nur beiläufig behandelt werden; es ist um so wichtiger, daß die sehr komplizierten Vorgänge exakt dargestellt und akzentuiert wer-

den. Es ist naheliegend, daß die gleichen Vorgänge in den polnischen Schulbüchern einen wesentlich breiteren Raum einnehmen.

Oberschlesien war vor der Industrialisierung ein im wesentlichen von Polen besiedeltes Agrargebiet. Die Industrialisierung bewirkte eine tiefgreifende Umgestaltung der sozialen, demographischen und ethnischen Verhältnisse, die eine Zuspitzung der nationalen Gegensätze begünstigte. Vor 1914 war die Mehrheit der bäuerlichen Landbevölkerung polnisch-sprachig, katholisch und — wie die Arbeiter — bei allem schlesischen Regionalbewußtsein im wachsenden Maße polnisch gesinnt; dagegen waren die Großgrundbesitzer Deutsche. Teile der polnischen Bevölkerung besaßen eine preußische Staatsgesinnung, die von der ethnischen Zugehörigkeit unabhängig war. Die deutsche Bevölkerung, vielfach Beamte etc., konzentrierte sich vor allem in den kleineren und mittleren Städten.

Die Industrialisierung förderte die Landflucht in Oberschlesien, Kongreßpolen sowie in anderen Landesteilen. In den rasch aufblühenden Städten des Reviers lebten Polen aus Oberschlesien, sowie Deutsche aus Schlesien u. a. Gebieten des Reiches. Der nationale Gegensatz zwischen Polen und Deutschen wurde im Revier durch soziale Spannungen noch verschärft. Die polnischsprachige Bevölkerung stellte die Masse der Arbeiterschaft, wogegen die leitenden Posten in der Industrie und Verwaltung meistens mit Deutschen besetzt waren. Trotz dieses nationalen und sozialen Gegensatzes gab es zwischen Polen und Deutschen zahlreiche Gemeinsamkeiten. So fanden sich z. B. polnische und deutsche Arbeiter in den freien Gewerkschaften, in der sozialdemokratischen Partei und in den Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung zusammen; dasselbe gilt in noch stärkerem Maß von der Zentrumspartei und katholischen Vereinen.

Obwohl die nationale Frage in der deutschen Sozialdemokratie, im Gegensatz zur österreichischen Arbeiterbewegung nur eine untergeordnete Rolle spielte, förderte die SPD polnischsprachige Arbeiterzeitungen, um die polnische Arbeiterschaft für ihre Ziele zu gewinnen.

Die Germanisierungspolitik förderte auch in Oberschlesien das Erwachen und die Festigung der polnischen Nationalbewegung, Oberschlesien entsandte immer wieder polnische Abgeordnete in den Deutschen Reichstag, unter ihnen Korfanty, der zur Symbolgestalt der polnischen Bewegung in Oberschlesien wurde.

Im Verlauf des 1. Weltkrieges kam es auch im ober-schlesischen Revier, ähnlich wie in anderen deutschen Industrievieren, zu einer Zuspitzung der sozialen und politischen Verhältnisse, die schließlich einen scharfen antagonistischen Charakter annahm.

Der Kriegsausgang und die Erneuerung eines freien, souveränen polnischen Staates verschärften die nationalen Spannungen in Oberschlesien. Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung erstrebte nun den Anschluß an die polnische Republik, wogegen die deutsche Bevölkerung ihre Verbundenheit mit dem Reich betonte. Viele Anhänger der Arbeiterbewegung, sowohl Sozialdemokraten wie Kommunisten, setzten sich für einen Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland ein, da sie sich von einer sozialistischen Revolution die Aufhebung der nationalen Gegensätze und die schließliche Vereinigung der europäischen Nationen in einer sozialistischen Völkergemeinschaft erhofften. Ein wesentlicher Teil der polnischen Arbeiter war dagegen der Überzeugung, daß ein solcher Bund erst nach der Befriedigung der Freiheitsforderungen der einzelnen, bislang unterdrückten Nationen, also auch der polnischen, möglich sei.

Mit der Annahme des Versailler Vertrages, der Errichtung eines multinationalen Besatzungsregimes in Oberschlesien und der Vorbereitung für die Volksabstimmung verschärften sich die nationalen Spannungen auf das Äußerste. Während der drei schlesischen Aufstände (1919/20/21), die vom polnischen Staat unterstützt wurden und

vollendete Tatsachen schaffen sollten, kam es zu einer Art Kriegszustand, der die Beziehungen beider Völker nachhaltig beeinflusste. Auf der deutschen Seite kämpften u. a. Freiwillige aus allen Teilen des Reichs, vielfach Angehörige nationalistischer Organisationen, die in den aufständischen Polen zugleich Frankreich und das „Versailler System“ zu treffen hofften. Die von der deutschen nationalistischen Propaganda hochgespielten militärischen Erfolge nährten den Glauben, daß es möglich sein würde, in einer „2. Runde“ die deutsche Niederlage, die angeblich durch inneren Verrat, den Dolchstoß der Linken etc. verursacht worden war, in einen Sieg zu verwandeln. Die deutschen Nationalisten parallelisierten den Sieg der Türkei unter Kemal Pascha, die Fiume Expedition Gabriele D'Annunzios und andere gegen das System von Versailles gerichtete Aktionen mit dem militärischen Vorgehen deutscher Freikorps im Baltikum 1919 und in Oberschlesien 1921. Die nationalen Auseinandersetzungen in Schlesien haben damit nicht zuletzt zu der Entstehung und zu dem geschichtlichen Mythos eines überspitzten deutschen Nationalismus beigetragen.

Die Abstimmung im März 1921 entsprach ungefähr den genannten Gegebenheiten: die Landbevölkerung stimmte mehrheitlich für Polen, während die Städte des Industriereviers Mehrheiten für Deutschland aufwiesen. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß die im Vertrag vorgesehene und vom Reich geförderte Beteiligung von Oberschlesien aus dem Reichsinnern (ca. 200 000 der insgesamt 1 185 000 abgegebenen Stimmen) das Abstimmungsergebnis beeinflusste; es belief sich auf ca. 60 Prozent für Deutschland und 40 Prozent für Polen. Die folgende Teilung des Gebietes, auf die auch noch der dritte schlesische Aufstand einwirkte, wurde jedoch auch von anderen Gesichtspunkten bestimmt: dem Interesse an zusammenhängende Territorien mit verkehrstechnisch vertretbaren Grenzen und dem Verlangen der Alliierten nach ausgewogener Aufteilung des Industriegebietes auf beide Staaten. Im Ergebnis blieben also Deutsche in Polen und Polen in Deutschland. Die Teilung des Industriegebietes brachte für die Bevölkerung manche Unzuträglichkeiten, die durch die 15 Jahre (1922 bis 1937) für das ehemalige Abstimmungsgebiet geltende Genfer Konvention von 1922 abgemildert wurden.

Die Schaffung der Freien Stadt Danzig war eine Konsequenz der internationalen Politik. Während Frankreich Danzig und die Weichselmündung Polen angliedern wollte, forderte Großbritannien die Kompromißlösung einer Freien Stadt unter Völkerbundkontrolle. Diese Lösung konnte weder die Polen noch die Deutschen befriedigen. Für die Polen war — vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen — der Besitz eines Hafens an der Ostsee und die Kontrolle der Weichselmündung von entscheidender Bedeutung. Die Deutschen sahen in der Abtrennung einer überwiegend von Deutschen bewohnten Stadt einen Bruch des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das Problem Danzig und das des sogenannten polnischen Korridors haben nachhaltig zur Vergiftung der Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen beigetragen.

Bei den Abstimmungen in Ost- und Westpreußen fiel entscheidend ins Gewicht, daß sich die große Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der staatlichen Tradition und teilweise auch der Konfession (Masuren) trotz ethnischer und sprachlicher Unterschiede dem preußischen Staat zugehörig fühlte.

Während die alliierten Kontrollmächte in Oberschlesien eine die Polen begünstigende Haltung einnahmen, verhielten sie sich in den Abstimmungsgebieten Ost- und Westpreußens eher deutschfreundlich.

Auch der Zeitpunkt der Abstimmung während der sowjetischen Gegenoffensive, die den polnischen Staat gefährdete und schwächte, beeinflusste das Ergebnis (in beiden Gebieten über 90 Prozent der Stimmen für einen Verbleib bei Preußen).

5. Das polnisch-deutsche Verhältnis in der Weimarer Republik

Das deutsch-polnische Verhältnis in der Weimarer Zeit stellt einen Tiefpunkt der beiderseitigen Beziehungen dar. Dies gilt nicht nur für den politischen, sondern auch für den wirtschaftlichen („Zollkrieg“) und insbesondere für den kulturellen Bereich. Zu keinem anderen Nachbarn waren die Beziehungen in jeder Hinsicht durchgehend ähnlich schlecht wie zu Polen. Deutscherseits sind die Gründe dafür darin zu sehen, daß Polen als Exponent und Nutznießer des Versailler Vertrages erschien, dessen Revision gerade hinsichtlich der territorialen Bestimmungen gegenüber Polen von allen Parteien angestrebt wurde. Auch die deutsche Linke, die traditionellerweise Sympathien für Polen hatte, teilte diese allgemeine negative Einstellung. Polnischerseits betrachtete man den deutschen Revisionismus als Bedrohung der Lebensfähigkeit des polnischen Staates. Darin waren sich alle politischen Kräfte Polens einig. Polnische Versuche der Jahre 1926/27, diesen Gegensatz zu mildern, blieben angesichts dieser grundsätzlichen Diskrepanz ohne Erfolg. Dabei spielte auch die internationale Konstellation eine entscheidende Rolle. Die polnische Außenpolitik mußte sich auf ein Bündnis mit Frankreich stützen, da ein funktionsfähiges Sicherheitssystem in Ostmitteleuropa nicht zustande kam. Auf die Deutschen, die von einer Einkreisungsfurcht beherrscht wurden, wirkte das polnisch-französische Bündnis als eine potentielle Bedrohung, was besonders von den Militärs betont wurde. Auf polnischer Seite wurde der Vertrag von Rapallo in ähnlicher Weise als Bedrohung empfunden. Unter diesen Voraussetzungen mußten die Verträge von Locarno von den Polen um so mehr als eine Gefahr betrachtet werden, als sie zu einer Isolierung Polens führen konnten, zumal sich Großbritannien ausdrücklich weigerte, die polnischen Westgrenzen zu garantieren. Infolgedessen mußte der Vertrag von Locarno von Polen als eine Ermunterung revisionistischer Tendenzen in Deutschland angesehen werden. In der Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens gelang auch eine befriedigende Regelung der beiderseitigen Minderheitenprobleme nicht.

Nach dem Staatsstreich Pilsudskis im Mai 1926 kam es zwar zu einer zeitweiligen Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses, andererseits betrachteten die demokratischen Kräfte Deutschlands das autoritäre Regime in Polen mit Abneigung, um so mehr als in diesen Jahren auch in anderen Ländern die parlamentarischen Systeme durch autoritäre Regime sukzessiv überwältigt wurden.

Während die deutsche Politik der Jahre 1930/32 in Polen als Verschärfung des revisionistischen Kurses betrachtet wurde, verkannte die polnische Regierung den Charakter des im Gefolge der Weltwirtschaftskrise aufsteigenden Nationalsozialismus und die außenpolitischen Konsequenzen der Machtergreifung Hitlers.

Geographie

1. Die Geographie ist vorwiegend eine Gegenwartswissenschaft. Zur Darstellung beider Länder muß man daher von den gegenwärtigen Realitäten ausgehen. Der Geographieunterricht soll objektive Informationen vermitteln. Er soll ein wohlwollendes Interesse im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens der Völker wecken und Mißverständnisse und Vorurteile abbauen helfen. Es wird empfohlen, den Normalisierungsprozeß zwischen den beiden Staaten dadurch zu fördern, daß die Probleme beider Länder in den Lehrbüchern und im Unterricht angemessen berücksichtigt werden.

2. Obwohl in den beiden Ländern unterschiedliche Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme bestehen, ist es notwendig, die Leistungen beider Völker mit wechselseitiger Toleranz und mit Respekt zu behandeln.

3. Politische Fragen sollen im Geiste des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 behandelt werden. Wenn zum Verständnis gegenwärtiger geographischer Sachverhalte historische Erklärungen notwendig sind, so sollen sie nach dem aktuellsten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis gegeben werden. Historische Sachverhalte, die von der Wissenschaft unterschiedlich interpretiert werden, sollen in ihrer Problematik und unter Berücksichtigung beider Standpunkte dargestellt werden.

4. Bei der Auswahl der in Text, Karten und Bildern dargestellten Fakten sollen sich die Autoren ihrer Verantwortung im Sinne der genannten Ziele bewußt sein. Die Auswahl der Fakten, die von der didaktischen und methodischen Zielsetzung und dem verfügbaren Raum abhängt, soll in jedem Fall objektiv und aktuell sein. Ihre Auswertung soll keinen Anlaß zu tendenziösen und diskriminierenden Interpretationen geben.

5. Für die Handhabung geographischer Namen werden folgende Grundsätze empfohlen:

Bei Bearbeitung von Karten und Darstellungen für den Schulgebrauch sollten Autoren und Verleger die offiziell im jeweils anderen Land verwendeten Ortsnamen berücksichtigen. Aus didaktischen Gründen kann eine zweisprachige Bezeichnung erforderlich sein.

Andere geographische Namen (von Flüssen, Seen und Landschaften usw.) können ebenso zweisprachig oder nur in der Muttersprache der Schüler gebraucht werden.

Namen, die auf eine gezielte Germanisierungstendenz zurückgehen, sollten nicht verwendet werden. Das Problem der geographischen Namen bedarf noch weiterer Erörterungen, wobei auch die sich entwickelnden internationalen Grundsätze berücksichtigt werden sollten.

6. Eine notwendige Voraussetzung für die ständige Verbesserung des Inhalts stellt der Austausch von Informationen dar. Zu diesem Zweck wird empfohlen:

- a) Unterstützung der Zusammenarbeit der Verlage und Schulbuchinstitute;
- b) Gegenseitige Begutachtung der Lehrbücher bzw. der Lehrbuchauschnitte, die das jeweilige Land betreffen vor der endgültigen Drucklegung und laufend. Das sollte sowohl im Rahmen der Zusammenarbeit der Autoren und Verleger als auch unter Mitwirkung der zuständigen wissenschaftlichen Institutionen erfolgen.
- c) Besonderer Nachdruck ist auf den Austausch und die Bereitstellung von Informationsmaterial (z. B. aktuelle statistische Daten, neues kartographisches Material, Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung) zu legen.
- d) Gewährleistung der gegenseitigen Belieferung von geeigneten Fotos, Diapositiven, Abbildungen, Karten, Plänen und Skizzen, um in den Lehrbüchern eine aktuelle Information sicherzustellen.
- e) Um den Schulbuchautoren, Lektoren und Begutachtern der Verlage ihre Aufgabe bei der objektiven Darstellung beider Länder zu erleichtern, sollten Studienfahrten und Studienaufenthalte gefördert werden. Die zuständigen Verlage und wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiet der Geographie und der Kartographie werden sich bemühen, diesen Initiativen ihre Unterstützung und Beratung zu gewähren.

Als Kontaktstellen wurden von den UNESCO-Kommissionen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland empfohlen:

Der Staatliche Schulbuchverlag (PZWS) und der Kartographische Verlag (PPWK) in Warschau, das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig.

**Teilnehmerliste der deutschen Delegation
für die erste deutsch-polnische Schulbuchkonferenz**

W a r s c h a u , 22. bis 26. Februar 1972

- Prof. Dr. Georg Eckert, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission und Direktor des Internationalen Schulbuchinstituts, 33 Braunschweig, Rebenring 53.
- Prof. Dr. Anton J. Gail, Pädagogische Hochschule Köln, Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission, 4048 Grevenbroich, Meisenweg 7.
- Frau Elfriede Hillers, M. A. wiss. Mitarbeiterin am Internationalen Schulbuchinstitut, 33 Braunschweig, Rebenring 53.
- Prof. Dr. Jörg Hoensch, Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen, 74 Tübingen, Wilhelmstraße 36.
- Prof. Dr. Herbert Ludat, Direktor des Instituts für Kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung an der Universität Gießen, 63 Gießen, Rathenaustraße 17/D.
- Dr. Enno Meyer, 29 Oldenburg, Helene-Lange-Straße 40.
- Prof. Dr. Gotthold Rhode, Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz, 65 Mainz-Gonsenheim, Kapellenstraße 8.
- Dr. Hans-Wolf Rissom, Pädagogischer Referent im Sekretariat der Deutschen UNESCO-Kommission, 5 Köln 1, Cäcilienstraße 42—44.
- Dr. Carl-August Schröder, Georg-Westermann-Verlag, Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission, 33 Braunschweig, Georg-Westermann-Allee 58.
- Frau Rosemarie Sievers, Studienleiterin, Pädagogische Hochschule Braunschweig, 33 Braunschweig, Maschstraße 16.
- Prof. Dr. Wilhelm Wöhlke, Osteuropa-Institut der FU Berlin, 1 Berlin 37, Heimat 61 a.

**Teilnehmerliste der polnischen Expertengruppe für die Gespräche
über Geschichte- und Geographielehrbücher der BRD und der VR Polen**

W a r s z a w a , 21. bis 26. Februar 1972

- Prof. Dr. Władysław Markiewicz, Stellvertretender Präsident der Polnischen UNESCO-Kommission, Korrespondierendes Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), Sekretär der Sektion Sozialwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschauer Universität.
- Prof. Dr. Janusz Tazbir, Stellvertreter des Direktors des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warszawa (Vorsitzender der Expertengruppe).

Expertengruppen und Verleger

- Prof. Dr. Józef Barbag, Warszawa, Institut für Geographie der Warschauer Universität.

- Prof. Dr. Jerzy Dowiat, Warszawa, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften.
- Prof. Dr. Józef Gierowski, Kraków, Direktor des Instituts für Geschichte der Jagellonen-Universität.
- Mag. Włodzimierz Gierłowski, Warszawa, Kommission für Lehrpläne und Schulbücher.
- Mag. Władysław Grzędzielski, Warszawa, Generalsekretär der Polnischen UNESCO-Kommission.
- Prof. Dr. Jerzy Kondracki, Warszawa, Direktor des Instituts für Geographie der Warschauer Universität.
- Doz. Dr. Jerzy Krasuski, Poznań, Westinstitut.
- Doz. Dr. Witold Kusiński, Warszawa, Stellvertreter des Direktors des Instituts für Geographie der Warschauer Universität.
- Prof. Dr. Gerard Labuda, Poznań, Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des Präsidiums der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften.
- Prof. Dr. Tadeusz Ładogórski, Wrocław, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften.
- Mag. Kazimierz Parucki, Warszawa, Kommission für Lehrpläne und Schulbücher.
- Mag. Waclaw Raczkowski, Warszawa, Kommission für Lehrpläne und Schulbücher.
- Mag. Zbigniew Sabiło, Warszawa, Kommission für Lehrpläne und Schulbücher.
- Mag. Andrzej Szcześniak, Warszawa, Kommission für Lehrpläne und Schulbücher.
- Doz. Dr. Stanisław Szostakowski, Olsztyn, Prorektor der Lehrerhochschule.
- Dr. Konrad Świerczyński, Warszawa, Institut für Geographie der Warschauer Universität.
- Prof. Dr. Jerzy Topolski, Poznań, Adam-Mickiewicz-Universität.
- Doz. Dr. Stanisław Trawkowski, Warszawa, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften.
- Doz. Dr. Roman Wapiński, Gdańsk, Direktor des Instituts für Geschichte der Universität Gdańsk.
- Doz. Dr. Maria Wawrykowa, Warszawa, Institut für Geschichte der Warschauer Universität.
- Doz. Dr. Marian Wojciechowski, Warszawa, Sektion Sozialwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften.
- Doz. Dr. Tadeusz Parnowski, Warszawa, Direktor des Staatlichen Schulbuchverlages.
- Mag. Ing. Zbigniew Brunner, Warszawa, Stellvertretender Direktor des Staatlichen Kartographischen Verlages.
- Mag. Kazimierz Bilanów, Warszawa, Verlag Interpress.
- Mag. Henryk Górski, Warszawa, Staatlicher Kartographischer Verlag.
- Mag. Bogdan Jagiełło, Warszawa, Staatlicher Schulbuchverlag.
- Mag. Danuta Przystasz, Staatlicher Schulbuchverlag.

**Teilnehmerliste der polnischen Delegation
für die zweite deutsch-polnische Schulbuchkonferenz**

Braunschweig, 10. bis 17. April 1972

- Markiewicz, Wladyslaw, Prof. Dr.
Stellvertretender Präsident der polnischen UNESCO-Kommission, Korrespondierendes Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), Sekretär der Sektion Sozialwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Universität Warszawa
- Tazbir, Janusz, Prof. Dr.
Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa (Vorsitzender der Expertengruppe)
- Barbag, Jozef, Prof. Dr.
Mitglied des Instituts für Geographie der Polnischen Akademie der Wissenschaften
- Brunner, Zbigniew, Mag. Ing.
Stellvertretender Direktor des Staatlichen Kartographischen Verlages, Warszawa
- Gierlowski, Wlodzimiers, Mag.
Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa
- Kondracki, Jerzy, Prof. Dr.
Direktor des Instituts für Geographie an der Universität Warszawa
- Krasuski, Jerzy, Doc. Dr.
Direktor des Instituts für Geschichte am Westinstitut Poznań
- Kusiński, Witold, Doc. Dr.
Stellvertretender Direktor des Instituts für Geographie der Universität Warszawa
- Labuda, Gerard, Prof. Dr.
Mitglied des Präsidiums der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Poznań
- Parnowski, Tadeusz, Doc. Dr.
Direktor des Staatlichen Schulbuchverlags, Warszawa
- Parucki, Kazimierz, Mag.
Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa
- Rachocki, Janusz, Dr.
Stellvertretender Direktor des Westinstituts, Poznań
- Ryszka, Franciszek, Prof. Dr.
Mitglied des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa
- Sabillo, Zbigniew, Mag.
Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa
- Trawkowski, Stanislaw, Doc. Dr.
Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa
- Topolski, Jerzy, Prof. Dr.
Adam-Mickiewicz-Universität, Poznań

- Wawrykowa, Maria, Doc. Dr.
Institut für Geschichte der Universität Warszawa
- Wojciechowski, Marian, Doc. Dr.
Sektion Sozialwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa

**Teilnehmerliste der deutschen Delegation
für die zweite deutsch-polnische Schulbuchkonferenz**

Braunschweig, 10. bis 17. April 1972

- Professor Dr. K. D. Bracher, Seminar für Politische Wissenschaften, Universität Bonn, 53 Bonn, Am Hofgarten 15
- Pastor Günter Berndt, Evangelische Akademie Berlin, 1 Berlin 31, Königstraße 64 B
- Armin Dross, Gesamteuropäisches Studienwerk e. V., 4973 Vlotho/Weser, Südfeldstraße 2—4
- Oberstudiendirektor Franz Ebner, 1. Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, 8 München 13, Barerstraße 48
- Professor Dr. G. Eckert, Präsident der deutschen UNESCO-Kommission, Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts, 33 Braunschweig, Okerstraße 8 B
- Dr. Hans-Georg Fernis, 1. Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, 65 Mainz, Lindenschmitstraße 51
- Oberschulrat Dr. Fischer, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, 3 Hannover, Auestraße 14
- Professor Dr. A. Gail, Institut für Geschichte der Pädagogischen Hochschule Köln, 4048 Grevenbroich, Meisenweg 7
- Professor Dr. G. Hausmann, Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg, 2 Hamburg 36, Abteistraße 24
- Professor Dr. Kurt Hausmann, Universität Kiel, 23 Kiel, Bremer Straße 19
- Professor Dr. Manfred Hellmann, Universität Münster, 44 Münster/Westf., Domplatz 20/22
- Oberstudienrat Werner Hilgemann, 4801 Hoberge, Krebshöhle 9
- Elfriede Hillers, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Internationalen Schulbuchinstitut, 33 Braunschweig, Rebenring 53
- Professor Dr. J. K. Hoensch, Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen, 74 Tübingen, Wilhelmstraße 36
- Studienrat Johannes Hoffmann, 46 Dortmund, Sonnenstraße 24
- Professor Dr. Norbert Kamp, Historisches Seminar an der Technischen Universität Braunschweig, 33 Braunschweig, Schleinitzstraße 13
- Professor Dr. Karger, Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen, Abteilung für Geographie, 74 Tübingen, Wilhelmstraße 36
- Thomas Keller, Generalsekretär der deutschen UNESCO-Kommission, 5 Köln, Cäcilienstraße 40—42

Professor Dr. Eberhard Kolb, 8701 Randersacker, Schulstraße 10
Professor Dr. Helmut Krausnick, Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b
Studiendirektor Dr. Heinrich Lösche, 2 Hamburg-Harburg 66, Alsterhöhe 3
Professor Dr. Herbert Ludat, Universität Gießen, 63 Gießen, Rathenaustraße 17 D
Dr. Enno Meyer, 29 Oldenburg in Oldenburg, Helene-Lange-Straße 40
Dr. Susanne Miller, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, 53 Bonn, Saarweg 6
Professor Dr. Werner Pöls, Historisches Seminar an der Technischen Universität Braunschweig, 33 Braunschweig, Schleinitzstraße 13
Dr. W. W. Puls, Vorsitzender des Verbandes der Schulgeographen, 2 Hamburg 63, Hummelsbütteler Kirchweg 64
Dr. Hans-Wolf Rissom, Pädagogischer Referent, deutsche UNESCO-Kommission, 5 Köln 1, Cäcilienstraße 42—44
Professor Dr. Gotthold Rhode, Universität Mainz, 65 Mainz-Gosenheim, Kapellenstraße 8
Professor Dr. U. Schelm-Spangenberg, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 33 Braunschweig, Konstantin-Uhde-Straße 16
Dozent Dr. Gerhard Schlott, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 33 Braunschweig, Konstantin-Uhde-Straße 16
Dr. Otto-Ernst Schüddekopf, Dozent am Internationales Schulbuchinstitut, 33 Braunschweig, Rebenring 53
Rosemarie Sievers, Studienleiterin, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 33 Braunschweig, Maschstraße 16
Dr. Carl-August Schröder, Georg Westermann Verlag, 33 Braunschweig, Georg-Westermann-Allee 58
Professor Dr. Rudolf von Thadden, Universität Göttingen, 34 Göttingen, Grotendorfstraße 80
Professor Dr. W. Wöhlke, Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut 1, Abteilung Landeskunde, 1 Berlin-Dahlem, Garystraße 55
Akadem. Rat Dr. Dieter Wojtecki, Universität Münster, 44 Münster/Westf., Domplatz 20/22
Professor Dr. Klaus Zernack, Institut für Geschichte an der Universität Frankfurt, 6 Bergen-Enkheim, Bornwaldstraße 36

Verlagsvertreter

Werner Bautsch, Moritz Diesterweg Verlag, 6 Frankfurt/M., Hochstraße 31
Dr. Helmut Hake, Schroedel-Verlag, 3 Hannover, Zeißstraße 10
Ingrid Hammerstädt, Georg Westermann Verlag, 33 Braunschweig, Georg-Westermann-Allee 66
Helmut Heuss, Ernst Klett Verlag, 7 Stuttgart 1, Rotebühlstraße
Klaus Höller, Georg Westermann Verlag, 33 Braunschweig, Georg-Westermann-Allee 66

Dr. Ernst Hoerschelmann, Hirschgraben Verlag, 6 Frankfurt/M., Grüneburgweg 118
Regierungsschulrat Rolf Lasius, Julius Beltz Verlag, 694 Weinheim, Am Hauptbahnhof 10
Dr. Wolf Tietze, Vieweg Verlag, 33 Braunschweig, Burgplatz

Internationales Schulbuchinstitut und Pädagogische Hochschule Braunschweig

Erwin Curdt, Wissenschaftlicher Assistent
Helmut Görig, Wissenschaftlicher Assistent
Sigrid Göttische, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Hermann Harms, Studienleiter
Wolfgang Urbanke, Wissenschaftlicher Assistent